

Markus Gloe

Planung für die deutsche Einheit

Der Forschungsbeirat für
Fragen der Wiedervereinigung
Deutschlands 1952–1975

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION
WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEO
RIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN
PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDER
ALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMU
NIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLI
TISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES
SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE
BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLI
TISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE
MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE
GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTS
STAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDES
TAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAH
LEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE
PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

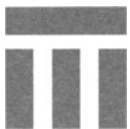
Markus Gloe

Planung für die deutsche Einheit

Markus Gloe

Planung für die deutsche Einheit

Der Forschungsbeirat für
Fragen der Wiedervereinigung
Deutschlands 1952–1975



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN



VS Verlag für Sozialwissenschaften
Entstanden mit Beginn des Jahres 2004 aus den beiden Häusern
Leske+Budrich und Westdeutscher Verlag.
Die breite Basis für sozialwissenschaftliches Publizieren

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

1. Auflage April 2005

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2005

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN-13: 978-3-531-14435-1 e-ISBN-13: 978-3-322-80651-2

DOI: 10.1007/978-3-322-80651-2

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	9
1 Einleitung: „Hätte doch 1989 ein detailliert fortgeschriebener Bericht vorgelegen!“	11
2 Die organisatorischen Rahmenbedingungen und das Umfeld	19
2.1 Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen	19
2.1.1 Entstehungsgeschichte	19
2.1.2 Das Ministerium unter Jakob Kaiser	21
2.1.3 Das Ministerium unter den Ministern Lemmer, Barzel, Mende und Gradl	24
2.1.4 Das Ministerium unter den Ministern Wehner und Franke	28
2.1.5 Das Ministerium unter den Ministern Barzel, Windelen und Wilms	32
2.2 Versuche einer ressortübergreifenden Koordinierung gesamtdeutscher Belange	34
2.3 Die Vereinigungen und Organisationen im Vorfeld des gesamtdeutschen Ministeriums	37
2.3.1 Der Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands	38
2.3.2 Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen	43
2.3.3 Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP	45
3 Die Gründung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung	49
3.1 Die Initiative von Friedrich Ernst	49
3.2 Der Wirtschaftsausschuss des Königsteiner Kreises – ein Vorläufer des Forschungsbeirates?	50
3.3 Die Federführung in der Koordinierung gesamtdeutscher Maßnahmen – Der Interministerielle Ausschuss für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands	56
3.4 Der Arbeitskreis „Zonengrenze“	59
3.5 Die Konstituierung	61
3.6 Der Kabinettsbeschluss	65

4 Die Organisation und Zusammensetzung des Forschungsbeirates	69
4.1 Die Präsidenten	69
4.1.1 Dr. Friedrich Ernst	70
4.1.2 Bundesminister a.D. Dr. Johann Baptist Gradl	78
4.2 Der Forscherkreis	82
4.3 Das Plenum	93
4.4 Die Ausschüsse, Arbeitsgruppen, Facharbeitskreise und Studiengruppen	100
4.5 Die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen	105
4.6 Der Interministerielle Ausschuss für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands	107
 5 Die Aufgaben und Ergebnisse des Forschungsbeirates	 109
5.1 Die Quellen als zentrales Problem	109
5.2 Das Sofortprogramm	111
5.3 Die systematische Arbeit	118
5.3.1 Eigentumsfrage	122
5.3.2 Der Übergang zu einer gemeinsamen Währung	123
5.3.3 Industrie	124
5.3.4 Handel	128
5.3.5 Versicherungswirtschaft	129
5.3.6 Landwirtschaft	130
5.3.7 Verkehr	133
5.3.8 Sonstige Wirtschaftszweige und freie Berufe	134
5.4 Die Auswirkungen des Mauerbaus auf die Arbeit des Forschungsbeirates und der Übergang zur Grundlagenforschung	135
5.4.1 Grundlagenforschung	135
5.4.2 Die Schriftenreihe des Forschungsbeirates als Symbol für den Übergang zur Grundlagenforschung	141
5.4.3 Das nie erschienene DDR-Handbuch	152
5.5 Einzigartigkeit oder Parallelität? – Mögliche Vorbilder für die Über- legungen des Forschungsbeirates	154
5.5.1 Der Wandel von der Kriegs- zur Marktwirtschaft und die Währungsreform von 1948	154
5.5.2 Die Wiedereingliederung des Saarlandes	157
 6 Resonanz des Forschungsbeirates in der Bundesrepublik.....	 161
6.1 Auf welches Interesse stieß der Forschungsbeirat auf Regierungs-, Partei- und Verbandsebene?	161
6.2 Synergieeffekte und Distanzierungsbedürfnis – Das Verhältnis zu anderen ausgewählten Einrichtungen und Institutionen in der Bundesrepublik	178
6.2.1 Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung	178
6.2.2 Das Kuratorium Unteilbares Deutschland	181

6.2.3 Die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben.....	183
6.3 Reaktionen in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik – Das Presseecho auf die Tätigkeitsberichte.....	184
6.4 „Monstrum fossiler Denkweise“ – die Berichterstattung über den Forschungsbeirat in der Bundesrepublik zu Beginn der 70er Jahre.....	191
6.5 Die Beurteilung der Arbeiten des Forschungsbeirates in der Literatur nach der Wende 1989/90.....	196
7 Der Forschungsbeirat aus Sicht der DDR.....	201
7.1 Gegenstücke zum Forschungsbeirat?.....	201
7.2 Die Angriffe auf den Forschungsbeirat von Seiten der DDR.....	211
7.2.1 Der Forschungsbeirat als „Spionagebeirat“.....	211
7.2.2 Der „Graue Plan“.....	214
7.2.3 Angriffe gegen Verbände und Einzelpersonen.....	218
7.2.4 Der Forschungsbeirat und der 17. Juni 1953: der Schauprozess gegen Wolfgang Silgradt.....	228
7.3 Unterwanderung des Forschungsbeirates durch die Staatssicherheit.....	235
7.4 DDR-Wissenschaft und Forschungsbeirat.....	241
8 Das Ende des Forschungsbeirates.....	247
8.1 Die Pläne für eine Deutschland-Akademie von Herbert Wehner.....	247
8.2 Entwicklungen in der SBZ-/ DDR- und Deutschlandforschung.....	257
8.3 „Brutale und sinnlose Zerstörung“ - Das Ende des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.....	273
8.4 Die „Nachfolgeorganisation“ Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung.....	282
8.5 Die weitere Tätigkeit der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen.....	290
8.6 Die Gesellschaft für Deutschlandforschung e.V.....	294
9 Theorie und Praxis: der Forschungsbeirat und die Wiedervereinigung 1989/90.....	297
9.1 „Blühende Landschaften“.....	298
9.2 Vergessen, verdrängt oder bewusst ignoriert? – Der Umgang mit den Überlegungen des Forschungsbeirates in den Jahren 1989/90.....	307
9.3 Parallelen oder Alternativen – Die Überlegungen des Forschungsbeirates im Licht von 1990.....	313
9.3.1 Die Währungsfrage.....	313
9.3.2 Der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft.....	315
9.3.4 Soziale Regelungen.....	322
9.3.5 Die Eigentumsfrage.....	323

9.4 Exkurs: Kritik an der DDR-Forschung aufgrund mangelnder Prognosefähigkeit?	325
10 Zusammenfassung	331
Abkürzungsverzeichnis	335
Abbildungsverzeichnis	339
Interview-, Quellen- und Literaturverzeichnis	341
1 Interviews	341
2 Schriftliche und telefonische Auskünfte	341
3 Quellen	342
3.1 Archivmaterial	342
3.2 Gedruckte Quellen	344
4 Literatur	345
4.1 Bibliographische Hinweise, Lexika, Nachschlagewerke, Handbücher, Chroniken, Hilfsmittel	345
4.2 Erinnerungs- und biographische Literatur	346
4.3 Gesamtdarstellungen, Aufsatzsammlungen Monographien und Aufsätze	348
4.4 Veröffentlichungen des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und der Forschungsstelle für gesamtdutsche wirtschaftliche und soziale Fragen	363
4.5 Ausgewählte Monographien, Broschüren und Aufsätze von Mit- gliedern des Forscherkreises und den wissenschaftlichen Mitarbeitern der Forschungsstelle für gesamtdutsche wirtschaftliche und soziale Fragen:	364
4.6 Literatur aus der ehemaligen DDR	367
5. Zeitschriften und Zeitungen, Periodika	369
5.1 Zeitschriften und Zeitungen aus der Bundesrepublik	369
5.2 Zeitschriften und Zeitungen aus der ehemaligen DDR	369
6. Filme	369
Personen- und Sachregister	371

Vorwort

In einem Interview brachte Willy Brandt 1990 Folgendes zum Ausdruck: „Ich habe am 10. November 1989 in Berlin gesagt, ich hoffe, die Schubladen seien nicht leer, womit ich nicht das Geld meinte. Die Schubladen waren leer. Eine ausgeblutete, auch personell ausgeblutete DDR bewegte sich auf eine Bundesrepublik zu, die überhaupt nicht vorbereitet war auf die Situation, obwohl sie gesamtdeutsche Institute, ein gesamtdeutsches Ministerium und vieles andere mehr hatte. In einigen Jahren wird das alles vergessen sein.“

Willy Brandt irrte nicht, wenn er von einer unvorbereiteten Bundesrepublik sprach. Aber auch er hatte vergessen, dass „die Schubladen nicht leer waren“. Gerade während der Regierungszeit Willy Brandts war durch die sozial-liberale Regierung das Ende einer Institution besiegelt worden, die sich jahrelang mit Fragen der deutschen Einheit befasst hatte: der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands. Hochrangige Politiker und renommierte Wissenschaftler aus den verschiedensten Disziplinen erarbeiteten Problemlösungen für wirtschaftliche und soziale Fragen einer möglichen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Diese Konzepte und Überlegungen waren 1990 in Vergessenheit geraten. Ein Blick in die Arbeiten des Forschungsbeirates, der zwischen 1952 und 1975 beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen existierte, wäre auch 1990 wertvoll gewesen.

Auch 13 Jahre nach dem Wiedererlangen der staatlichen Souveränität Gesamtdeutschlands empfinde ich eine Beschäftigung mit den deutsch-deutschen Beziehungen und dem Prozess der deutschen Einheit als lohnenswert. Die Erarbeitung des Themas bot eine Mischung aus Aktenstudium, Gesprächen mit Personen der Zeitgeschichte und Verarbeitung des aktuellen Geschehens, die mich faszinierte.

An dieser Stelle möchte ich meinen Gesprächspartnern Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, Jürgen Aretz, Hansjörg F. Buck, Peter Dietrich, Gernot Ernst, Karin Rehlinger geb. Ernst, Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Hermann Kreuzer, Siegfried Prokop und Peter D. Propp für die Zeit, die sie sich genommen haben, und die Bereitschaft, meinen Fragen Rede und Antwort zu stehen, außerordentlich danken. Außerdem bin ich Egon Bahr, Rainer Barzel, Georg Brunner, Hannelore Hamel, Klaus Krakat, Johannes Kuppe, Gert Leptin, Hans-Joachim Lieber, Siegfried Mampel, Walter Priesnitz, Eckart Schiffer, Eberhard Schulz, Dieter Voigt, Hermann Weber und Heinrich Windelen sehr dankbar, dass sie auf meine Fragen schriftlich eingegangen sind.

Ich danke des Weiteren der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. für die ideelle und finanzielle Unterstützung dieser Arbeit durch ein Promotionsstipendium.

Zudem danke ich Herrn Frank Schindler vom Verlag für Sozialwissenschaften für seine kompetente Unterstützung und Beratung bei der Veröffentlichung dieser Arbeit.

Außerdem möchte ich mich bei Herrn Dr. Merz und Prof. Kuhn für die vielen Hinweise, Informationen und fruchtbaren Diskussionen während des Entstehungsprozesses dieser Arbeit bedanken.

Für die Mühen des Korrekturlesens und das Recherchieren in auswärtigen Bibliotheken gilt mein Dank Jessica Drews, Burkhardt Mack, Christoph Felder, Alok Nath Sinha, Birgit Schönharting, Jan Schildmann, Erwin Gloe, Matthias Gloe und Jörn Pfeiffer.

Ich möchte mich auch bei Prof. Dr. Osswald außerordentlich bedanken, der sich als Zweitgutachter zur Verfügung gestellt hat.

Mein großer Dank aber gebührt vor allem Professor Dr. Kempf für die intensive Begleitung bei dieser Arbeit und die gesamte Unterstützung und Förderung, die er mir unentwegt zuteil werden ließ.

Danke möchte ich auch im Besonderen meinen Eltern sagen, die mir während jeder Phase dieser Arbeit den Rücken stärkten.

Freiburg i. Brsg. im Dezember 2003
Markus Gloe

1 Einleitung: „Hätte doch 1989 ein detailliert fortgeschriebener Bericht vorgelegen!“

In seinen Memoiren schrieb der ehemalige Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Rainer Barzel: „Wir unterstützten nach Kräften die Arbeit des ‚Forschungs-Beirates für Fragen der Wiedervereinigung‘. Das waren verdienstvolle, präzise Ausarbeitungen und Überlegungen, die hervorragende Experten vorlegten und fortschrieben! Ich habe den letzten dieser Berichte in meiner Bibliothek, vorgelegt im Juli 1969 von Herbert Wehner, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen der Regierung Kiesinger. Bundeskanzler Willy Brandt beendete diese Arbeit, weil er von Wiedervereinigung nicht mehr sprach, sondern nur noch von den beiden deutschen Staaten. Hätte doch 1989 ein detailliert fortgeschriebener Bericht vorgelegen!“¹

Barzel lenkt damit die Aufmerksamkeit auf eine Institution, deren Arbeiten allzu schnell in Vergessenheit geraten waren: den Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.

Durch einen Erlass des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen wurde am 24. März 1952 der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ – so die vollständige offizielle Bezeichnung – ins Leben gerufen. Der Grund dafür war die Erkenntnis, dass sich im Falle einer Wiedervereinigung infolge der seit Kriegsende sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik und der DDR mannigfaltige Probleme ergeben würden. Diese Probleme frühzeitig zu erkennen und Lösungsstrategien zu erarbeiten, erschien dem Bundesministerium zwingend notwendig. Dazu berief der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, namhafte Wirtschaftswissenschaftler wie z.B. Prof. Dr. Karl Christian Thalheim und Prof. Dr. Bruno Gleitze. Sie bildeten den Kern des Forschungsbeirates: den so genannten Forscherkreis. Ergänzt wurde dieser durch einen weiteren Kreis mit Vertretern von Verbänden, wirtschaftlich gewichtigen Institutionen wie der Deutschen Bank oder dem Statistischen Bundesamt sowie Vertretern der maßgebenden politischen Parteien. Neben einer umfassenden und wissenschaftlich zuverlässigen Bilanzierung der DDR-Wirtschaft sollte der Forschungsbeirat ein wirtschaftspolitisches Sofortprogramm für den „Tag X“ der Wiedervereinigung erstellen.² In zahlreichen Sitzungen erarbeiteten die Mitglieder des Forschungsbeirates Empfehlungen für den wirtschaftlichen und sozialen Übergang im Falle der Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands und analysierten die Entwicklung

¹ Barzel (2001): 173.

² vgl. Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (1954): 7 und 10.

der DDR-Wirtschaft auch in ihrer Verflechtung mit den übrigen Ostblockstaaten im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW).

Nach 23 Jahren Arbeit wurde auf Veranlassung des damaligen Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, die Tätigkeit des Forschungsbeirates am 8. April 1975 förmlich für beendet erklärt. Anstelle des Forschungsbeirates wurde ein „Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung“ eingerichtet, der aber, obwohl vom innerdeutschen Ministerium als Nachfolgeinstitution vorgestellt, auf Grund einer anderen Aufgabenstellung die inhaltliche Arbeit des Forschungsbeirates nicht fortsetzte.

Die vorliegende Arbeit soll einen Überblick über die gesamte Entwicklung des Forschungsbeirates von seiner Gründung 1952 bis zu seinem Ende 1975 geben. Sie versucht dabei, die Vielschichtigkeit seines Wirkens herauszuarbeiten. Außerdem soll ein Vergleich zwischen den Arbeitsergebnissen des Forschungsbeirates und den tatsächlichen Entwicklungen 1989/1990 vorgenommen werden. Wenn auch die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Arbeit des Forschungsbeirates veraltet und in manchen Bereichen durch die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen überholt waren, hätte – wie gezeigt werden soll – ein Heranziehen der Ergebnisse den Blick für Probleme im Zuge der Wiedervereinigung schärfen können. Die Klagen vieler politischer Akteure der Jahre 1989/90, dass keine Vorarbeiten existiert und sie auf Grund dessen unter großem Zeitdruck gestanden hätten sowie dass bestimmte Entwicklungen nicht vorhersehbar gewesen wären, sind vor diesem Hintergrund neu zu bewerten. Zugleich trägt eine Auseinandersetzung mit den Konzepten des Forschungsbeirates zu einem besseren Verständnis der Umwälzungsprozesse in Folge der Wiedervereinigung bei; sie kann somit einen Beitrag zur Transformationsforschung leisten.

In der Literatur wurde dem Forschungsbeirat bisher wenig Beachtung geschenkt. Anfang der 70er Jahre veröffentlichte Karl Heinz Roth in seinem Buch „Psychologische Kampfführung. Invasionsziel: DDR“¹ einen ersten Aufsatz über den Forschungsbeirat. Er analysierte darin die in seinen Augen vom Forschungsbeirat für den „Tag X“ sehr detailliert „ausgearbeiteten Übernahmepläne“. Seine These versuchte er durch einen Dokumententeil, in dem Auszüge aus den Tätigkeitsberichten zusammengestellt sind, zu untermauern.

In ihrer Arbeit von 1973 über das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen ging Gisela Rüss auf drei Seiten auf den Forschungsbeirat ein.²

Eine weitere Studie über den Forschungsbeirat erschien erst 1991. Die Magisterarbeit von Bernd Adolph, die später stark gekürzt als Aufsatz im Deutschland-Archiv³ abgedruckt wurde, behandelte aber ausschließlich die Anfänge des Forschungsbeirates, d.h. die Jahre 1952 bis 1954.⁴ Der Schwerpunkt dieser Arbeit war der Forschungsbeirat als politikberatendes Gremium.

1 vgl. Roth (1971): 15-84.

2 vgl. Rüss (1973).

3 vgl. Adolph (1995): 1048-1064.

4 vgl. Adolph (1991).

In dem Sammelband „Der Tag X in der Geschichte“ erschien 1997 ein Aufsatz von Dirk van Laak.¹ Van Laak schildert kurz und knapp die Geschichte des Forschungsbeirates anhand zeitgenössischer Veröffentlichungen, der Quellen im Bundesarchiv Koblenz und Gesprächen mit ehemaligen Mitgliedern des Forschungsbeirates.

In den Jahren 1998 und 2000 legte erneut Karl Heinz Roth zwei Arbeiten über den Forschungsbeirat vor.² Er versuchte zu zeigen, dass nach der formellen Auflösung des Forschungsbeirates die Arbeit zur Anschlussvorbereitung, z. T. sogar noch präziser als vorher, von der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen fortgeführt wurde.³ Seine wohl strittigste These ist die Behauptung, dass bei der Wiedervereinigung 1989/90 auf die Pläne des Forschungsbeirates zurückgegriffen wurde und eine Umsetzung der unveränderten Vorschläge erfolgte. Als Beleg führte er z.B. an, dass analog zu der Struktur des Forschungsbeirates Helmut Kohl selbst einen Beraterkreis leitete, der auf ihn ausgerichtet war und dessen genaue Zusammensetzung bis auf Personen wie Hans Tietmeyer (damals Staatssekretär im Finanzministerium) und Alfred Herrhausen (Deutsche Bank) weitgehend unbekannt ist.⁴ Konkrete Belege für seine These bleibt Roth jedoch schuldig. Er ist sich dessen zwar bewusst, zugleich aber auch überzeugt, dass nach Ablauf der 30jährigen Sperrfrist für Akten im Bundesarchiv seine Behauptungen Bestätigung erfahren werden.

Weitere meist kürzere wissenschaftliche Aufsätze wurden nach der Wiedervereinigung auch von ehemaligen wissenschaftlichen Mitarbeitern oder Forscherkreismitgliedern verfasst. Diese beschränkten sich aber zumeist auf bestimmte Aspekte, z.B. den Finanzsektor.⁵

Neben einigen wenigen zeitlich begrenzten, holzschnittartigen oder ideologisch gefärbten Arbeiten und zwei kürzeren wissenschaftlichen Aufsätzen ist der Forschungsbeirat also bislang nicht Gegenstand einer ausführlichen politikwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Untersuchung gewesen. Diese Lücke soll durch die vorliegende Arbeit geschlossen werden.

In Kapitel 2 werden die Rahmenbedingungen und das organisatorische Umfeld des Forschungsbeirates beschrieben. Es geht dabei um die personellen, parteipolitischen und organisatorischen Eigenheiten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen, die die Arbeit des Forschungsbeirates mitbestimmten und prägten. Die Darstellung erfolgt im Hinblick auf den Vergleich der Arbeiten des Forschungsbeirates und den tatsächlichen Entwicklungen 1989/90 bis zur Auflösung des Ministeriums 1991. Sie soll zeigen, dass durch den Kompetenzverlust des Ministeriums auch dessen Vorarbeiten im Prozess der Wiedervereinigung keine Bedeutung beigemessen wurden; ferner, inwieweit man sich auf administrativer Ebene bereits vor der Gründung des Forschungsbeirates mit der wirtschaftlichen Problematik einer Wiedervereinigung befasste. Des Weiteren soll die

1 vgl. Laak (1997): 257-286.

2 vgl. Roth (1998a): 284-372; vgl. ders. (1998b): 373 – 549; vgl. ders. (2000).

3 vgl. Roth (2000): 67ff.

4 vgl. Roth (1998a): 347ff.

5 vgl. Pleyer (1991): 611-620; vgl. Hamel / Weber (1998): 429-445.

Bedeutung von privaten und halbprivaten Vereinen und Vereinigungen im Vorfeld des gesamtdeutschen Ministeriums untersucht werden.

Im Kapitel 3 werden die Motivationslage und das konkrete Bemühen der Bundesregierung, die zur Gründung des Forschungsbeirates führten, dargestellt. Da bereits in der Magisterarbeit und im Aufsatz von Bernd Adolph¹ sowie in der Publikation von Karl Heinz Roth² die Gründungsphase aufgearbeitet worden ist, soll hier die Entwicklung nur grob skizziert, aber auf andere Deutungen der Vorgänge hingewiesen werden. So wird z.B. untersucht, inwieweit die These von Adolph zutreffend ist, dass der Forschungsbeirat als Nachfolgeorganisation des Königsteiner Kreises anzusehen ist.

Das Kapitel 4 behandelt die Organisation und die Zusammensetzung, außerdem die Aufgaben und die Wirkungsweise des Forschungsbeirates. Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen besonders die Lebensläufe der die Arbeit des Beirates prägenden Personen: die beiden Präsidenten Friedrich Ernst und Johann Baptist Gradl sowie die Mitglieder des Forscherkreises. Daneben wird beleuchtet, wen die einzelnen Parteien und Verbände in den Forschungsbeirat delegierten. Dabei wird zu erkennen sein, welche Bedeutung die Verbände und Parteien dem Gremium beimaßen.

Eine Analyse der Ergebnisse aus der Arbeit des Forschungsbeirates bildet den Schwerpunkt des Kapitels 5. Die zentrale Fragestellung lautet dabei, welche Schlussfolgerungen der Forschungsbeirat aus seiner Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR für eine mögliche Wiedervereinigung zog und welche Lösungsvorschläge er für die relevanten Problemkomplexe unterbreitete.

Im Kapitel 6 wird die Resonanz auf den Forschungsbeirat in der Bundesrepublik untersucht. Es gibt Antwort auf die Frage, auf welches Interesse der Forschungsbeirat auf Regierungs-, Partei- und Verbandsebene stieß. Ebenfalls wird erörtert, ob die Arbeitsergebnisse Auswirkungen auf die aktive Politik hatten. Dabei werden auch alternative Konzepte einer wirtschaftlichen Wiedervereinigung von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard und dem späteren Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgestellt und mit den Überlegungen des Forschungsbeirates verglichen. Daneben spielen die Reaktionen der Öffentlichkeit auf die Arbeit des Forschungsbeirates eine zentrale Rolle. Der Kontroverse zwischen dem Forschungsbeirat und dem Sender Freies Berlin Anfang der 70er Jahre ist dabei ein eigenes Unterkapitel gewidmet.

Im Kapitel 7 geht es nicht nur um die Unterwanderung des Forschungsbeirates durch die Staatssicherheit, sondern auch um die publizistische Propaganda gegen den Forschungsbeirat. Eng damit verzahnt sollen die institutionellen Einrichtungen in der DDR vorgestellt werden, die immer wieder als Gegenstücke zum Forschungsbeirat bezeichnet wurden, in der Regel aber nur auf Propaganda ausgerichtet waren.

Mögliche Gründe für das Ende des Forschungsbeirates werden in Kapitel 8 erläutert. Ein enges Wechselspiel zur Entwicklung in der gesamten DDR-Forschung zwingt den Blick dabei auch auf den Wandel vom Totalitarismus-Ansatz zur systemimmanenten DDR-Forschung. Außerdem beschreibt es die „Nachfolgeorganisation“, den Arbeitskreis für vergleichende Deutschlandforschung, sowie die weitere

1 vgl. Adolph (1995): 1048-1064; vgl. Adolph (1991): 29ff.

2 vgl. Roth (2000): 17ff.

Tätigkeit der Forscherkreis-Mitglieder in der Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale Fragen sowie die Sammlung anfänglich zumeist konservativer, später DDR-Forscher aller Richtungen in der Gesellschaft für Deutschlandforschung.

In der Presseerklärung zum Kabinettsbeschluss über den Forschungsbeirat formulierte der Vorsitzende, Dr. Friedrich Ernst, folgenden Anspruch: „Sie alle wissen ebenso wie ich, dass keiner von uns in irgend einer Form voraussagen kann, wann, zu welchem Zeitpunkt die Wiedervereinigung akut wird. Aber das eine ist ja wohl Ihnen allen klar gegenwärtig, dass es ein unmöglicher Zustand wäre, wenn in einem solchen Zeitpunkt nicht die erforderlichen Vorbereitungen getroffen worden wären und dass man sich zumindest über das einigermaßen klar sein muß, was in einem solchen Falle sofort zu geschehen hat.“¹ Daher sollen in Kapitel 9 die Konzepte des Forschungsbeirates mit den tatsächlichen Entwicklungen 1989/1990 verglichen werden. Zentrale Fragen sind dabei, wie die Analysen und Ergebnisse im Vergleich mit den tatsächlichen Ereignissen 1989/90 zu bewerten sind, ob die Probleme Jahrzehnte zuvor richtig vorhergesehen wurden, in welchem Ausmaß sich die bei der Wiedervereinigung ergriffenen Maßnahmen mit den vom Forschungsbeirat vorgeschlagenen Lösungen decken und ob anderer Konzepte zur Bewältigung der Probleme aufgegriffen wurden, die besser geeignet erschienen als die Vorschläge des Forschungsbeirates. Es soll jedoch nicht der Frage nachgegangen werden – wie dies zum Beispiel Eichengrün tut² – ob ein in den 80er Jahren neu gegründeter oder erst 1990 einberufener Forschungsbeirat die Politik so beraten hätte, dass bestimmte Probleme rechtzeitig erkannt und gelöst hätten werden können, sondern was eine Berücksichtigung der Ergebnisse des Forschungsbeirates aus den 50er und 60er Jahren, die offensichtlich von den Politikern 1990 ausgeschlagen wurde, gebracht hätte.

Im Rahmen der Bearbeitung dieses Themas konnte auf ausreichendes Quellenmaterial zurückgegriffen werden. Der Forschungsbeirat hat ein umfangreiches Schriftgut hinterlassen, so dass die Akten im Bundesarchiv in Koblenz einen ansehnlichen Sonderbestand des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen bilden.³ Daneben hat der Forschungsbeirat für die Jahre 1952 bis 1953, 1954 bis 1956, 1957 bis 1961, 1961 bis 1965 und 1965 bis 1969 umfangreiche Tätigkeitsberichte herausgegeben sowie eine eigene Schriftenreihe mit dem Titel „Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland“ (Bde 1-10, 1964-1975) veröffentlicht. Hinzu kommen zahlreiche selbstständige Arbeiten und Veröffentlichungen der Mitglieder des Forscherkreises. Zahllose Zeitungsartikel, die in der lokalen wie in der überregionalen Presse veröffentlicht wurden, fanden sich zum Teil in den Aktenbeständen.

Aber auch die Akten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen/innerdeutsche Beziehungen selbst beleuchten immer wieder die Aktivitäten des Forschungsbeirates. Durch die Vernetzung des Forschungsbeirates über den Interminis-

1 Pressekonferenz am Freitag, den 12.12.1952, Thema: Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, in: BarchK B 145 I/ 25.

2 vgl. Eichengrün, Ernst: Ausarbeitung über die Entwicklung und Tätigkeit des Gesamtdeutschen Instituts – Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA), unveröffentlichtes Manuskript 1993, BarchK KIErw. 933, Bd. 1: 504ff.

3 BarchK B 137/ I.

teriellen Ausschuss für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands mit allen wirtschafts- und sozialpolitischen Bundesressorts wurden Lücken durch die Aktenbestände des Bundeswirtschaftsministeriums, des Bundesministeriums für den Marshall-Plan bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit, des Bundeskanzleramts sowie anderer Bundesressorts, soweit sie zugänglich sind, geschlossen.

Zusätzlich zu den angeführten Aktenbeständen der Regierungsinstitutionen erfolgte eine systematische Auswertung der Nachlässe von Jakob Kaiser, Franz Thedieck und Johann Baptist Gradl sowie weiterer Mitglieder des Forschungsbeirates im Bundesarchiv in Koblenz, des Nachlasses von Bruno Gleitze und weiterer Mitglieder im Archiv der sozialen Demokratie Deutschlands (AdsD), der Bestände von Franz Thedieck und von Johann Baptist Gradl und der Nachlässe von Robert Tillmanns und von Hans-Joachim von Merkatz im Archiv der Christlich-Demokratischen Politik (ACDP) sowie des Bestands Personalien von zahlreichen Mitgliedern des Forschungsbeirates im Archiv der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (HSG-Archiv). Außerdem wurden Materialien in den entsprechenden Universitätsarchiven und Archiven der Verbände ausgewertet.¹ Unterlagen, die in den Archiven von Verbänden lagerten, sind leider zumeist vernichtet worden, da ihnen keine „erkennbare historische Dimension“² zuerkannt wurde.

Durch Vernichtung der Akten der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des Ministeriums für Staatssicherheit lässt sich aus den Akten der übrigen Abteilungen, die bei der „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ lagern, nur ein lückenhaftes Bild des Wissensstandes und der Unterwanderung nachzeichnen, was dennoch bestmöglich versucht wurde. Vor allem das Zentralorgan „Neues Deutschland“ mit seinen 15 SED-Bezirksorganen, aber auch die „Berliner Zeitung“ mit der „BZ am Abend“ sowie die „Tribüne“ und die „Junge Welt“, die Zeitungen von FDGB und FDJ, die alle zusammen über 80% der Gesamtauflage der Tagespresse in der DDR ausmachten³, wurden ausgewertet.

Für eine Untersuchung der Auseinandersetzung der DDR-Wissenschaft mit dem Forschungsbeirat liegen neben einer Dissertation von Gert Fiedler aus dem Jahre 1972 nur einige Aufsätze von Siegfried Prokop, einem DDR-Historiker, vor.⁴

Für einen Vergleich mit den Ereignissen von 1989/90 wurden die zahlreichen seit 1990 erschienen Memoiren, Erlebnisschilderungen und „Insiderberichte“ von Akteuren des Umbruchs herangezogen. Zu nennen sind hier besonders die Erinnerungsberichte und Darstellungen von Helmut Kohl⁵, von Kanzlerberater Horst Teltchik⁶, von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble⁷, von Bundesfinanzminister Theo Waigel⁸ und von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters⁹. Memoiren und Erinne-

1 vgl. Quellen- und Literaturverzeichnis.

2 Schreiben von Thorsten Höche, Bundesverband deutscher Banken, vom 12.6.2002 an den Verfasser.

3 vgl. Richert (1958): 173.

4 vgl. Fiedler (1972); vgl. Prokop (1965a), vgl. ders. (1965b).

5 Kohl (1996).

6 Teltchik (1991)

7 Schäuble (1991).

8 Waigel/ Schell (1994).

9 John (1991).

rungsberichte können eine wertvolle Informationsquelle sein, müssen aber auf Grund der subjektiven Wahrnehmung der Ereignisse besonders sorgfältig unter Berücksichtigung der Grundsätze der Quellenkritik ausgewertet werden.

Zusätzlich wurden persönliche Gespräche mit einigen wissenschaftlichen Mitarbeitern des Forschungsbeirates und der Forschungsstelle, so z.B. Hannsjörg F. Buck, Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Klaus Krakat und Peter D. Propp, mit Angehörigen von bereits verstorbenen Mitgliedern des Forschungsbeirates, z.B. den Kindern des ersten Präsidenten des Forschungsbeirates, Friedrich Ernst, sowie mit einigen politischen Akteuren, z.B. mit Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und Bundeskanzler a.D. Helmut Kohl, geführt. Außerdem wurden schriftliche Auskünfte, u.a. von Bundesminister a.D. Rainer Barzel, Bundesminister a.D. Heinrich Windelen und zahlreichen Ministerialbeamten, eingeholt.¹

Beide Quellengattungen – Interviews und schriftliche Quellen – müssen herangezogen, interpretiert, kritisiert und die Ergebnisse miteinander verglichen werden. Es hat sich aber gezeigt, dass zur Klärung von Detailfragen in diesem Fall die schriftlichen Quellen aussagekräftiger und verlässlicher sind. Die persönlichen Gespräche sind jedoch nicht nur als bloße Ergänzung anzusehen. Auf Grund der 30jährigen Sperrfrist sind gerade die Akten der Bundesregierung für die Zeit der Wiedervereinigung 1989/90 zum Großteil nicht zugänglich. Die Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 hat hier nur bedingt Abhilfe geschaffen. Schriftliche Auskünfte und Interviews konnten hier einige Lücken schließen. Die Gespräche waren außerdem sehr wertvoll und unerlässlich, um einen plastischen Eindruck von Persönlichkeiten und Ereignissen zu gewinnen. Zudem erschlossen sie zum Teil die Überzeugungen, die bestimmte Handlungen und Haltungen bedingten, und gaben damit den Blick auf Aspekte frei, die bei einer Beschränkung auf schriftliche Quellen verborgen geblieben wären.

¹ vgl. Quellen- und Literaturverzeichnis.

2 Die organisatorischen Rahmenbedingungen und das Umfeld

2.1 Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen

Die Arbeit des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands war von Beginn an durch die Organisationsstruktur, die personelle Zusammensetzung und die Aufgabenstellung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen determiniert. „Die personellen, parteipolitischen und organisatorischen Eigenheiten dieses einzigartigen Sonderministeriums hatten die Ausformung wie die Besetzung des Forschungsbeirates weitgehend bestimmt.“¹ Aber auch über die Anfangszeit hinaus hatten die Entwicklung im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. innerdeutsche Beziehungen und die Stellung des entsprechenden Ministers in der jeweiligen Regierung entscheidenden Einfluss auf die Tätigkeit des Forschungsbeirates. Auch nach der Auflösung des Forschungsbeirates im Jahr 1975 beeinflusste das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen weiter stark die Forschung zur wirtschafts- und sozialpolitischen Situation in der DDR mit und trug somit zu der Tatsache bei, dass die Bundesregierung bei der Wiedervereinigung 1989/90 die Lage in der DDR nicht richtig einschätzte. Im Folgenden sollen daher kurz die Geschichte des Bundesministeriums bis zu seiner Auflösung 1990 dargestellt sowie die Anknüpfungspunkte für die Arbeit des Forschungsbeirates gezeigt werden.²

2.1.1 Entstehungsgeschichte

Wenn man die Geschichte des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen betrachtet, muss man sich dabei von den Vorstellungen lösen, die durch die so genannten „klassischen“ Ministerien der letzten hundert Jahre deutscher Zentralverwaltung geprägt worden sind.

Als erster hatte Jakob Kaiser Anfang Juli 1949 im Wahlkampf ein eigenes Amt oder Ministerium „zur Vorbereitung der deutschen Einheit“³ postuliert. In einer Sendung des NWDR forderte er, dass dieses Amt darauf zu achten habe, dass bei allem, was politisch und wirtschaftlich geschehe, die Interessen der Ostzone und Ost-

1 Adolph (1991): 11.

2 Sui generis wurde das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen/ innerdeutsche Beziehungen nur in zwei Darstellungen bearbeitet, deren Untersuchungszeitraum sich jedoch beide Male nur bis 1970 erstreckte: Adams (1971) und Rüss (1973).

3 Der Tag vom 6.7.1949, zit. nach Rüss (1973): 12.

deutschlands fest gewahrt werden würden. In der Folgezeit wiederholte er auf Wahlkundgebungen dieses Postulat.

Konrad Adenauer, der sich mit seinem Führungsanspruch in der CDU gegen Kaiser durchgesetzt hatte, griff die Forderung auf und plädierte in einer Wahlkampfrede am 21. Juli 1949 in Heidelberg für die Schaffung eines „besonderen Ministeriums zur Vorbereitung der Vereinigung des Ostens mit dem Westen“¹. Adenauer unterstützte die Forderung Kaisers wahrscheinlich aus mehreren Gründen: Einerseits hoffte er, Kaiser so mit einem Ressort in die Kabinettsdisziplin einzubinden, in dem es ihm nur schwer gelingen sollte, Einfluss auszuüben, da Adenauer die Deutschland- und Außenpolitik als seine Domäne begriff.² Andererseits sollte mit dem Einzug Kaisers ins Kabinett der linke Flügel der CDU institutionell an die Regierung gebunden werden.

Von verschiedenen Seiten wurde die Gründung eines solchen Ministeriums abgelehnt. Franz Thedieck, der von Jakob Kaiser als Staatssekretär für das neue Ministerium vorgesehen war, schlug in einer Denkschrift vor, gesamtdeutsche Aufgaben im Innenministerium zu bearbeiten.³ Dies lehnte Kaiser mit der folgenden Begründung ab: „Aber auch der Hinweis, man könne die Aufgaben dieses Ministeriums dem Innenministerium zuweisen, ist bei näherer Betrachtung nicht stichhaltig. Denn das Innenministerium ist seiner Tradition nach ein Organisations- und Verwaltungsministerium, seinem Wesen nach jedenfalls kein politisches Ministerium. Aber nur ein solches kann der gegenwärtigen, einzigartigen Situation, in der sich das dreigeteilte Deutschland befindet, gerecht werden.“⁴

In seiner biographischen Arbeit über die Ministerzeit Kaisers nennt Kosthorst andere Gründe für die ablehnende Haltung Kaisers. Er schreibt: „Er [Kaiser, Anm. d. Verf.] fühlte sich für die Leitung des klassischen Geschäftsbereiches eines Innenministeriums nicht kompetent, erst recht nicht eines Innenministeriums mit der zusätzlichen Einbeziehung der Wiedervereinigungsaufgaben.“⁵ Für die Annahme Kosthorsts, dass Kaiser sich zur Übernahme eines klassischen Ressorts wie des Innenministeriums nicht fähig hielt, konnten aber keine Belege gefunden werden. Der politische Werdegang Kaisers widerspricht weitgehend dieser These.

Kaiser war um eine Bündelung aller Kräfte für die Einheit Deutschlands bemüht und verstand sich daher als „Hüter des Wiedervereinigungsgedankens“, der alle Entscheidungen in ihren Auswirkungen für die Wiedervereinigung prüfen wollte. Das Ministerium sollte die Gedanken an die Einheit der Nation wach halten.⁶

Für das neue Ministerium kursierten verschiedene Namen. Noch Ende August 1949 sprach sich Adenauer für ein „Ostministerium“⁷ aus, während Jakob Kaiser sich diese Bezeichnung keinen Augenblick zu eigen machte.⁸ Auch Namen wie

1 Der Tag vom 22.7.1949, zit. nach ebenda.

2 vgl. Küsters (2000): 471.

3 vgl. Thedieck (1976): 331.

4 Vermerk zu den Haushaltsberatungen, in: BarchK B 137/ 2301.

5 vgl. Kosthorst (1972): 89.

6 vgl. Küsters (2000): 471.

7 Tagesspiegel vom 24.8.1949, zit. nach Rüss (1973): 13.

8 vgl. Kosthorst (1972): 82.

„Ministerium für die deutsche Einheit“¹ oder „Ministerium für die Wiedervereinigung“² oder einfach nur „Ministerium für Sonderaufgaben“ wurden diskutiert. Die Wahl fiel schließlich auf „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ (BMG), um jegliche Provozierung der Alliierten sowie der Sowjetunion zu vermeiden.

Nach der Gründung der Bundesrepublik, den ersten Bundestagswahlen und der Ernennung Adenauers zum ersten deutschen Bundeskanzler der Nachkriegszeit übertrug dieser Jakob Kaiser das Amt des ersten Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen.

2.1.2 Das Ministerium unter Jakob Kaiser

Nach der Darstellung von Arnulf Baring sei es Adenauer bei der Regierungsbildung 1949 allein auf vier Männer angekommen: Franz Blücher und Heinrich Hellwege, um die Spitzenpolitiker der beiden Koalitionsparteien einzubinden, das maßgebliche CSU-Mitglied Fritz Schäffer und als führender Vertreter des sozialen und nationalen Flügels der CDU Jakob Kaiser.³ Damit ist der Grund für die Ernennung Kaisers schon benannt: Adenauer konnte und wollte Jakob Kaiser nicht außen vor lassen, denn seine eigene Machtposition innerhalb der Partei war noch nicht gefestigt genug. Am 20. September 1949 wurde Jakob Kaiser zum Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen berufen, trotz ungünstigem Echo bei Teilen der Regierungsparteien und starker Ablehnung der SPD.⁴

Dass Adenauer jedoch nicht gewillt war, Kaiser eine wirkliche Machtposition einzuräumen, zeigt der Aufgabenzuschnitt des Bundesministeriums. Im Tätigkeitsbericht der Bundesregierung von 1950 heißt es dazu: „Das Bundesministerium verkörpert in seiner Existenz die Forderung der Bundesregierung, über das derzeitige Gebiet der Bundesrepublik hinaus alle Deutschen zu vertreten. Es ist der politische Konzentrationspunkt derjenigen Kräfte, welche sich in aktiver Weise für die Wiedervereinigung aller Deutschen in Freiheit und für ein entschiedenes Eintreten gegen den kommunistischen Expansionsdrang einsetzen. [...] Als Hüter, Mahner, Förderer hat das Ministerium überall dort einzugreifen, wo gesamtdeutsche Fragen beraten und entschieden werden.“⁵ Die Aufgaben lagen also nicht bei der Koordinierung aller gesamtdeutschen Kontakte oder bei der Zuständigkeit für Kontakte zur DDR, sondern beim Sammeln und Ordnen von Informationen, Öffentlichkeitsarbeit, in der Flüchtlingsbetreuung, in der Beratung anderer Ministerien und bei Fragen, die Berlin betrafen.⁶ Der Politikwissenschaftler Tilman Mayer bringt diesen Sachverhalt folgendermaßen auf einen Nenner: „Der Spielraum des Ministeriums lag folglich eher im Rhetorischen und Postularischen – Kritiker fügten hinzu: im Propagandisti-

1 Tagesspiegel vom 17.9.1949, zit. nach Rüss (1973): 13.

2 Tagesspiegel vom 19.9.1949, zit. nach ebenda.

3 vgl. Baring (1969): 413.

4 vgl. Sten. Berichte des BT vom 24.3.1950: 1842ff; vgl. Thedieck (1961): 325; vgl. Rüss (1973): 13ff.

5 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (1950): Tätigkeitsbericht der Bundesregierung 1950. Bonn. 11.

6 vgl. Rüss (1973): 15.

schen.“¹ Schon auf Grund dieses Zuschnitts erscheint es verwunderlich, dass beim Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ein Forschungsbeirat und ein interministerieller Ausschuss installiert wurde, die die ministeriellen Vorarbeiten der Wiedervereinigung koordinieren und konkrete Empfehlungen für eine wirtschafts- und sozialpolitische Wiedervereinigung erarbeiten sollten.

Für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen gab es kein Vorbild, auch konnte beim Aufbau auf keine personellen Kontinuitäten zurückgegriffen werden. Dem Staatssekretär als höchstem Beamten kam hierbei eine besondere Aufgabe zu. Für diesen Posten hatte Kaiser schon früh Franz Thedieck vorgesehen. Er war als Verwaltungsfachmann anerkannt. Als öffentlich wurde, dass Thedieck Staatssekretär im gesamtdeutsche Ministerium werden sollte, begann Anfang Oktober 1949 eine Pressekampagne gegen seine Ernennung auf Grund angeblicher „antibelgischer“ Tätigkeit im Dritten Reich, die von Seiten der DDR bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1963 weitergeführt wurde.² Es dauerte bis zum Juli 1950, ehe Thedieck zum Staatssekretär ernannt wurde. Nach Kosthorst fand sich Adenauer erst nach einer Rücktrittsdrohung Kaisers bereit, ihn zum Staatssekretär zu ernennen.³ Thedieck selber widersprach dieser Darstellung, indem er klarstellte, dass die Ausfertigung der Ernennungsurkunde durch den Bundespräsidenten nicht vorher möglich gewesen sei, „da erst durch die endgültige Verabschiedung des Bundesetats die stellenplanmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden mußten“⁴.

Dennoch begann Thedieck schon früher mit dem organisatorischen Aufbau des Ministeriums. Neben einer Zentralabteilung für Verwaltungs-, Personal-, Haushalts-, Kassen- und Rechtsangelegenheiten wurden die Abteilungen „Angelegenheiten der sowjetischen Besatzungszone und des deutschen Ostens“, „Vertretung des Bundesministeriums in Berlin“ und „Angelegenheiten der Grenzgebiete“ eingerichtet. Die Entwicklung der Referate wurde durch die personellen Gegebenheiten bestimmt. Thedieck sagte dazu: „Es wurde um die Menschen ‚herum gebaut‘.“⁵ Nach der Überzeugung Kaisers war die Wiedervereinigung Deutschlands ein Problem, das über Parteigrenzen hinweg gelöst werden sollte. Deshalb sollten auch Sozialdemokraten im Ministerium mitarbeiten. Dies scheiterte jedoch an der ablehnenden Haltung Kurt Schumachers, des Parteivorsitzenden der SPD. Was auf Ministeriumsebene nicht erreicht wurde, konnte bei der Gründung des Forschungsbeirates verwirklicht werden: Im Plenum des Forschungsbeirates waren Politiker aller staatstragenden Parteien vertreten und auch im Forscherkreis wurde eine weitgehende Überparteilichkeit realisiert; parteipolitische Interessen blieben um des Ziels der Einheit der Nation willen weitgehend unberücksichtigt.⁶

Die Organisation des Bundesministeriums sollte von Anfang an möglichst klein gehalten werden. Aufgrund dieses Vorsatzes und der geringen Zahl verfügbarer geeigneter Mitarbeiter wurden einige Aufgaben nach außen verlagert. Thedieck schrieb dazu in einer Darstellung über das BMG: „Diesen Aufgaben konnte das Mi-

1 Mayer (2001a): 337.

2 vgl. Sammlung mit Belastungsmaterial in: SAPMO-BarchB DY 6/ vorl. 1564.

3 vgl. Kosthorst (1972): 96ff.

4 Thedieck (1976): 333.

5 Interview Thedieck vom 9.7.1969, zit. nach Rüss (1973): 16.

6 vgl. auch Kap. 3 und Kap. 4.

nisterium angesichts seiner geringen personellen Stärke und angesichts der Tatsache, daß ihm kein Verwaltungsunterbau in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung steht, nur deshalb einigermaßen gerecht werden, weil es außerhalb des Ministeriums im Rahmen angegliederter Institutionen, aber vor allem durch die Mitarbeit zahlreicher auf privater Grundlage entstandener Einrichtungen, über tatkräftige Mitkämpfer für seine Ziele verfügen konnte.“¹ Eine dieser Institutionen war der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands.

Für die politische Machtstellung des Ministeriums hatte auch das Auftreten von Jakob Kaiser im Kabinett Einfluss. Bei verschiedenen politischen Entscheidungen – dann zumeist als Opponent Adenauers – brachte sich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen vehement in die Verhandlungen ein. Zum Beispiel agierte Kaiser gegen den Eintritt in den Europarat, kritisierte Adenauers Regierungsstil bei der Entscheidung für einen Wehrbeitrag, trat für eine sorgfältige Prüfung der Stalinnoten ein und opponierte gegen die Bindungsklausel im Generalvertrag. Dabei darf jedoch nicht der Eindruck entstehen, dass Kaiser nicht die Konzeption eines bundesrepublikanischen „Kernstaates“ mitgetragen hätte. Allerdings befürwortete er – im Gegensatz zur westeuropäischen Integrationspolitik des Kanzlers – lediglich eine „Anbindung“ der Bundesrepublik und nicht ihre „Einbindung“ in den Westen.²

Seinen größten politischen Erfolg erreichte Kaiser mit der „Wiedervereinigung im Kleinen“, der Wiedereingliederung des Saargebietes: „Was ihm mit Blick nach Osten auf die SBZ versagt geblieben war, konnte er wenigstens in der Saarpolitik erreichen.“³

Inwieweit in diesem Zusammenhang Ergebnisse des Forschungsbeirates relevant waren bzw. die „Wiedervereinigung im Kleinen“ auch die weitere Arbeit des Forschungsbeirates beeinflusst hat, soll in Kapitel 5 untersucht werden.

Kaisers Zeit als Minister für gesamtdeutsche Fragen bewertete Hacke überzeugend folgendermaßen: „Im Kabinett entwickelte sich Jakob Kaiser nicht zum großen außen- und deutschlandpolitischen Gegenspieler Adenauers, wie es mancher erwartete hatte. So war Adenauers Rechnung aufgegangen. Kaiser musste eigentlich nicht durch die Kabinettdisziplin gebunden werden, sondern Adenauers Erfolge waren ausschlaggebend.“⁴

Dass im Allgemeinen nur wenig Impulse vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen ausgingen, lag wohl zusätzlich in der Spezifik des Ministeriums. Passend charakterisierte „Der Tag“ das BMG aus Anlass des 65. Geburtstages von Jakob Kaiser wie folgt: „Es [das BMG, Anm. d. Verf.] war zugleich das schwierigste und in äußerer Sicht vielleicht undankbarste Amt, das an einen Bundesminister zu vergeben war. Hier winkte kein naher Erfolg, sondern hier rief eine Aufgabe, die über die deutschen Möglichkeiten hinaus nach Ost und West in internationaler Abhängigkeit steht und deshalb leicht ins Uferlose führt: Sie ist Innenpolitik, sie ist Außenpolitik, sie ist Weltpolitik. Sie ist – so wie sie die Deutschen aller heimischen

1 Thedieck (1961): 325.

2 vgl. Becker (1982): 218.

3 Hacke (1999): 57.

4 Hacke (1988): 66.

Landschaften bewegt – heimisch in allen Feldern der Politik zugleich.¹ Und dennoch schaffte es Kaiser, die Stimmen, die eine Auflösung des Ministeriums forderten, während seiner Amtszeit zum Verstummen zu bringen. Durch die Prägung des Ministeriums, die in der Aussage von Jakob Kaisers Nachfolger, Ernst Lemmer, zum Ausdruck kommt, fiel es seinen Nachfolgern schwer, den Ansprüchen dieses Ministerpostens gerecht zu werden. Lemmer sagte: „Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen ist eine Schöpfung Jakob Kaisers; er allein gab ihm Aufgabe und Bestimmung.“²

2.1.3 *Das Ministerium unter den Ministern Lemmer, Barzel, Mende und Gradl*

Im Jahr 1957 erkrankte Jakob Kaiser schwer und ließ sich nicht wieder als Bundestagskandidat aufstellen. Jedoch versuchte er, sein politisches Erbe in zuverlässige Hände zu geben. Nach der Bundestagswahl 1957 schlug Kaiser dem neuen und alten Bundeskanzler, Konrad Adenauer, vor, Johann Baptist Gradl, einen engen Berater und Freund Kaisers, zum Minister für gesamtdeutsche Fragen zu berufen.³ Der Vorschlag blieb jedoch ohne Resonanz. Als Nachfolger waren Gerstenmaier, Kiesinger, Krone, Thedieck, Lemmer sowie bei einer Zusammenlegung mit dem Vertriebenenministerium Oberländer im Gespräch.⁴

Adenauer berief den bisherigen Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Ernst Lemmer, an die Spitze des gesamtdeutschen Ministeriums.⁵ Die Aussage Lemmers „Diesem Ressortwechsel habe ich ohne Zögern zugestimmt, obwohl mich die Erkenntnis bedrückte, daß nicht die geringste Chance bestand, die gestellte Aufgabe zu lösen.“⁶ steht dabei im krassen Widerspruch zu den Berichten, wonach Adenauer Lemmer, der sich lange Zeit sträubte und auf jeden Fall Postminister bleiben wollte, vor die Alternative stellte, entweder gesamtdeutscher Minister zu werden oder das Kabinett zu verlassen.⁷

Von Beginn an ließ Lemmer es offensichtlich an der richtigen Einstellung fehlen, die nötig gewesen wäre, um etwas zu bewegen. „Lemmer trat mit den wenigsten Ansprüchen aller gesamtdeutschen Minister sein Amt an, resigniert, weil er glaubte, daß ‚in der damaligen Phase immer weniger Aussicht darauf bestand, durch Politik zur Lösung dessen zu kommen, was man die deutsche Frage nennt [...] deshalb war das gesamtdeutsche Ministerium für mich seelisch das bedrückendste. Die beiden anderen, die ich hatte – Post, Vertriebene und Flüchtlinge –, ja, da sah man wenigstens die Resultate, und seien es nur die neuen Briefmarken.“⁸

1 Der Tag vom 8.2.1953, zit. nach Kosthorst (1972): 101.

2 Lemmer (1968): 358.

3 Brief Kaiser an Adenauer vom 16.9.1957, in: Mayer (Hrsg.) (1988): 680f.

4 vgl. Der Tagesspiegel vom 11.8.1957; vgl. „Regierungsbildung“, in: Der Spiegel 11 (1957) 44, vom 30.10.1957, 13f; vgl. „Kabinettspläne“, in: Der Spiegel 11 (1957) 13, vom 27.3.1957, 11.

5 zur Person Lemmers und seiner Ministertätigkeit in den anderen Ressorts vgl. Mayer (2001b): 424-428.

6 Lemmer (1968): 357.

7 vgl. „Kabinettsbildung“, in: Der Spiegel 11 (1957) 41, vom 9.10.1957, 15; vgl. Rüss (1973): 35.

8 Rüss (1973): 36.

Verstärkt wurde diese „defensive“ Einstellung wohl auch durch seine schwache Stellung im Ministerium selbst, für die besonders das gespannte Verhältnis zum Staatssekretär Thedieck, der auch nach dem Ministerwechsel im Amt geblieben war, verantwortlich war. Im Interview mit Gisela Rüss charakterisierte Lemmer sein Verhältnis zu Thedieck folgendermaßen: „Aber die starke Stellung des Staatssekretärs, der ja das Ministerium verwaltungsmäßig aufgebaut hat [...] und dessen überragende Position in dieser Qualifikation habe ich anerkannt, anerkennen müssen! Ich hätte sonst Illusionen gepflegt. Infolgedessen ließ ich ihn auf diesem Gebiet schalten und walten, wie er es für richtig hielt, um so mehr, als ich ja von Hause aus kein Verwaltungsmann bin. Und ich bemühte mich – und das war unsere ständige, aufreibende Auseinandersetzung – um die politische Führung des Hauses. Da hatte ich den Staatssekretär in vielen Fällen nicht auf meiner Seite und dazu dann auch noch den Widerstand im Bundeskanzleramt, so daß ich mich allmählich daran gewöhnen mußte, vor Verschiedenem zu resignieren.“¹

Da Lemmer im Ministerium keinen Rückhalt besaß, „nahm [er] weder Einfluß auf die Struktur- und Personalpolitik, noch auf die Subventionstätigkeit und versuchte auch nicht, seine politischen Auffassungen in Weisungen an sein Ministerium umzusetzen“², sondern er konzentrierte sich auf zwei Hauptaufgaben mit „Wirkung nach außen“³: Zum einen wollte er in der bundesdeutschen Bevölkerung das gesamtdeutsche Bewusstsein durch zahlreiche Reden wach halten und zum anderen der Gefahr des ständigen Auseinanderlebens der Menschen durch zahlreiche Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten entgegenwirken. In einem Interview in der Süddeutschen Zeitung sagte er dazu: „Je mehr Deutsche sich mit Deutschen treffen, um so beruhigter dürfen wir sein hinsichtlich der Einheit unseres Volkes.“⁴

Dieses öffentliche Auftreten trug dazu bei, dass sich Lemmer inner- und außerhalb seiner Partei großer Popularität erfreute, die ihn als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen zu einer überparteilichen Symbolfigur werden ließ.⁵ Dieses Ansehen brachte ihm jedoch keine „Machtposition“ ein, die ihm Möglichkeiten des Einflusses auf politische Entscheidungen eröffnet hätte. Wenn der SPIEGEL schrieb „Es ist seine [Lemmers] Eigenart, fern vom Bundeskanzleramt – Bonn-Berlin: 630 Kilometer – den Anschein zu erwecken, als ob er mit Konrad Adenauer Abrechnung hält, wohingegen er in Bonn und Auge in Auge mit seinem Regierungschef verkündet, nichts liege ihm ferner, als wider den Adenauerschen Stachel zu locken.“⁶, so illustriert dieses Urteil seine schwache Stellung im Kabinett. Das Fazit von Klaus Lesche, dass Lemmer eigenes politisches Denk- und Handlungsvermögen als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen bewies und anders als sein Amtsvorgänger Kaiser sich nicht als Vertreter von Interessengruppen verstand⁷, scheint daher eher zweifelhaft zu sein.

1 Interview Lemmer vom Februar 1970, zit. nach Rüss (1973): 38f.

2 Rüss (1973): 38.

3 Interview Lemmer vom Februar 1970, zit. nach Rüss (1973): 36.

4 „Hans Ulrich Kempfski fragt Ernst Lemmer, den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen: Was sagen Sie zum Ulbricht-Interview?“, in: Süddeutsche Zeitung vom 20.2.1958.

5 vgl. „CDU stimmt Lemmer zu“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.2.1958.

6 „Lemmer: So jammervoll“, in: Der Spiegel 13 (1959) 50, vom 9.12.1959, 13.

7 vgl. Lesche (1985): 127.

Für die Arbeit des Forschungsbeirates stellt sich damit die Frage, inwieweit ein schwacher Minister dem Forschungsbeirat eine Chance bot, aus dem Ministeriumsschatten zu treten und selbst Einfluss zu üben oder ob die Stärke eines Ministers gleichzeitig auch die Bedingung der Stärke des Forschungsbeirates ist. Ein Jahr nach dem Ministerwechsel fand jedoch auch ein Wechsel an der Spitze des Forschungsbeirates statt. Der schwer erkrankte Präsident, Dr. Friedrich Ernst, trat zurück und übergab sein Amt an Johann Baptist Gradl. Es ist also nicht leicht, genau nachzuvollziehen, was zu Änderungen des politischen Gewichts des Forschungsbeirates führte.

Ende 1962 musste Adenauer auf Grund der „Spiegel-Affäre“ ein Kabinetttreuelement vollziehen und so ersetzte er den unbequemen Mahner Lemmer durch Rainer Barzel. In seinen Erinnerungen schreibt Lemmer dazu: „Ich will nicht verhehlen, dass ich am 11. Dezember 1962 mit Enttäuschung meine Ablösung durch den heutigen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, zur Kenntnis nehmen musste. Meine Verabschiedung erfolgte in einem sehr schlechten Stil. Von einem Portier zu erfahren, dass ein anderer bei der Neubildung des Kabinetts das eigene Ressort übernommen hatte, kam einer Demütigung gleich.“¹

Die Ernennung Barzels zum Minister für gesamtdeutsche Fragen löste jedoch starke Auseinandersetzungen und Anfeindungen aus, da er weder Berliner noch Mitglied der Exil-CDU war. Barzel genoss aber den Rückhalt einiger Parteispitzen. Seine Amtszeit war jedoch nur sehr kurz bemessen. Nach 11 Monaten schied Barzel bereits wieder aus dem Amt.

Personelle und organisatorische Änderungen strebte er in seiner Amtszeit nicht an: „Ich hatte nicht die Absicht, dieses Ministerium in seiner Kompetenz oder in seiner Organisation, wo ich viele Mängel spürte, in irgendeiner Weise grundlegend zu verändern, bevor ich ein Jahr Einblick in diese schwierigen Dinge hatte.“² Er war jedoch bemüht, sich umfassend zu informieren.

Trotz dieser selbst auferlegten Zurückhaltung gelang es Barzel aber in seiner kurzen Amtszeit, einige Akzente zu setzen. Er legte unter Mithilfe des Verlegers Axel Springer die Grundlagen für die danach noch lange Zeit geltende Praxis der Häftlingsfreikäufe aus der DDR.³ Dies war sehr wohl als „substantielle Neuerung“ anzusehen und steht damit dem Urteil von Christian Hacke über die erste Amtszeit Barzels als gesamtdeutscher Minister klar entgegen: „Die Bilanz des Ministerjahres fiel knapp aus. Seine unkonventionellen Anregungen fanden in der Ministerialbürokratie nur wenig Resonanz. So, als Barzel zu Beratungen über den bevorstehenden SED-Parteitag 1963 den ehemaligen Kommunisten Wolfgang Leonhard und die Publizistin Carola Stern ins Ministerium einlud, die beide nicht gerade für CDU-Positionen bekannt waren. Aber von solchen Anregungen abgesehen, blieben substantielle Neuerungen aus.“⁴

Für eine grundlegende Auswirkung auf die Tätigkeit des Forschungsbeirates war dieses Interim jedoch zu kurz. Dennoch zeigten sich vor allem die Mitarbeiter

1 Lemmer (1968): 360.

2 Interview Barzel am 27.8.1970, zit. nach Rüss (1973): 43.

3 vgl. Agethen (1999): 177; vgl. Hartmann (2001a): 122.

4 vgl. Hacke (1982): 43.

der Forschungsstelle sehr beeindruckt über das Engagement von Barzel für die Arbeit des Forschungsbeirates.¹

Nach der Regierungsübernahme durch Ludwig Erhard im Oktober 1963 übernahm Erich Mende, der FDP-Parteivorsitzende, den Ministerposten von Barzel. Die Besetzung des gesamtdeutschen Ministeriums mit Mende wird unterschiedlich bewertet. So stellt Ulrich Mohr in Berufung auf einen SPIEGEL-Artikel fest, „dass Erhard lediglich Proporzgründe zum Maßstab seines Entschlusses machte. Anstatt die Besetzung des Gesamtdeutschen Ministeriums angesichts der als unruhig empfundenen Weltlage mit besonderer nationalpolitischer Sensibilität vorzunehmen [...] verkam die Angelegenheit zu einem banalen Postengeschacher.“² Andere dagegen, so zum Beispiel Hans Fenske, argumentieren, dass die Entscheidung Mendes für das gesamtdeutsche Ministerium auf Grund verschiedener Gründe bewusst gefällt wurde: „Da er seinen Pflichten als Parteivorsitzender weiter voll nachkommen wollte, kam für ihn [Mende] nur ein mittleres Ministerium in Frage. Er entschied sich für das gesamtdeutsche Ministerium, weil er Einfluss auf die ihm seit Beginn der Bundesrepublik besonders am Herzen liegende Berlin- und Deutschlandpolitik gewinnen wollte.“³

Erstmals wurde mit Mende das gesamtdeutsche Ministerium von einem FDP-Minister geleitet. Dies führte zu einigen neuen Akzentuierungen in der Deutschlandpolitik, so z.B. zu Versuchen, einen Gesprächsfaden zur LDP der DDR zu knüpfen, oder zu den Entwürfen unterschiedlicher Deutschlandpläne, an denen der FDP-Vorsitzende führend mitgewirkt hatte. In seiner Ministerrolle konnte Mende diese Politik weiterverfolgen und erreichte Fortschritte beim Interzonenhandel, beim Freikauf von politischen Häftlingen, in der Zonenrandförderung und in Zusammenarbeit mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, beim Passierscheinabkommen.⁴

Mit der Berufung Erich Mendes war auch der seit 1949 amtierende Staatssekretär Thedieck zurückgetreten. Die Wahl des Nachfolgers fiel auf Dr. Carl Krautwig, der sich seit 1949 im Bundeswirtschaftsministerium überwiegend mit Problemen des Interzonenhandels auseinandergesetzt hatte.⁵ Dass Kreise der CDU dieser Neubesetzung skeptisch gegenüberstanden, wurde in einer Würdigung der Amtszeit Thediecks in der „Politisch-sozialen Korrespondenz“ ersichtlich: „Solange Thedieck zur Spitze des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen gehörte, konnte man völlig sicher sein, daß an dieser Stelle keine abenteuerliche Politik getrieben wurde, die sich auf Illusion gründet, sondern vielmehr eine reale, nüchterne Politik, die nie vergaß, mit welchem Gegner man es zu tun hat.“⁶ Im Gegensatz zu Thedieck, der als „Herr der Verwaltung“ das Ministerium strukturiert und organisiert hatte, konnten der neue Minister und der neue Staatssekretär mit der gewachsenen Struktur nicht allzu viel anfangen. Daher folgten 1964 und 1966 Umstrukturierungen des Ministeriums, die neben einer verwaltungstechnischen Optimierung das Ziel hatten, das Mi-

1 Dipl.-Vw. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt im Gespräch mit dem Verfasser am 9.7.2002.

2 Mohr (2000): 215, vgl. Der Spiegel 17 (1963) 43, vom 23.10.1963, 26.

3 Fenske (2001): 475f.; vgl. dazu auch Rüss (1973): 48; vgl. Jansen (1999) 139.

4 vgl. Adams (1971): 49f.

5 vgl. zur Person: „Carl Krautwig“, in: Die Welt vom 9.11.1963.

6 zit. nach Die Welt vom 30.10.1963.

nisterium zu einem politischen Instrument zu machen. Mende kommentierte die erste Umstrukturierung: „Als ich das Ressort übernahm, stellte ich fest, dass es sehr unübersichtlich in Bezug auf politische Wirksamkeit war, zum anderen lagen auch schon einige Monita des Bundesrechnungshofes vor, doch die Organisation des Ministeriums etwas straffer zu gliedern und die Verantwortlichkeiten klarer aufzuzeigen. Ich habe gleich mit dem Staatssekretär verabredet, dass wir erstens den politischen Aktivitäten organisatorisch besser entsprechen, zweitens auch den Vorstellungen des Bundesrechnungshofes entsprechen sollten. Die Motive waren also sowohl politischer wie verwaltungstechnischer Art.“¹

Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit und sein Amt als Vizekanzler wollte Mende einsetzen, um die Kompetenzen des Ministeriums auszubauen. Der Versuch blieb jedoch erfolglos. Die Union verweigerte sich, alle gesamtdeutschen Angelegenheiten im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen koordinieren zu lassen, und blockierte alle Veränderungen, die das Ministerium gestärkt hätten, so dass es Mende nur in sehr beschränktem Maße gelang, die Kompetenzen seines Ministeriums auszuweiten.²

Für den Forschungsbeirat zeitigte vor allem der Versuch, die Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren, Auswirkungen. Eine Kurzfassung des Vierten Tätigkeitsberichtes des Forschungsbeirates wurde ins Französische, Englische und Spanische übersetzt und fand so auch im Ausland Beachtung.³

Im Jahr 1966 nahmen die Belastungen der Koalition besonders auf Grund der angespannten Finanzlage zu. Ein Streit um Steuererhöhungen brachte die FDP-Fraktion dazu, die Regierung aufzukündigen. Die FDP-Minister traten zurück. Daher trat Johann Baptist Gradl für lediglich 33 Tage die Nachfolge von Erich Mende an. Gradl kommentierte diese Zeit mit den Worten, dass man ihm „wie Mose das geheiligte Land zwar zeigte, er es aber nicht betreten durfte“⁴. Dieser Zeitraum war selbstverständlich zu kurz, um eigene Initiativen zu entwickeln. Ob Gradl als gesamtdeutscher Minister jedoch auch weiterhin als Präsident des Forschungsbeirates fungiert hätte, ist ungewiss. Eine längere Amtsübernahme hätte durch die Ausübung des Ministeramtes und des Präsidentenamtes des Forschungsbeirates in Personalunion jedoch sicher eine Stärkung des Forschungsbeirates mit sich gebracht.

2.1.4 *Das Ministerium unter den Ministern Wehner und Franke*

Nach der Bildung der Großen Koalition unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger übernahm Herbert Wehner das Amt des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen. Die Berufung Wehners zum gesamtdeutschen Minister wurde durch zwei Faktoren begünstigt: Wehner hatte sich seit Gründung der Bundesrepublik eine starke Stellung innerhalb der SPD erworben und seine Partei nach Schumachers Tod maß-

1 Interview Mende vom 7.7.1969, zit. nach Rüss (1973): 52.

2 vgl. Adams (1971): 49f.; vgl. Rüss (1973): 52ff.

3 vgl. Schriftwechsel zur Erstellung und Versendung der Übersetzungen, in: BarchK B 137 I/ 40; vgl. Kap. 5.

4 Interview Gradl vom 8.8.1970, zit. nach Rüss (1973): 58.

geblich ideologisch beeinflusst, vor allem auch im Politikfeld Deutschlandpolitik.¹ Außerdem war er seit 1949 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen gewesen und hatte mit allen seinen Vorgängern eng zusammengearbeitet, so dass er Organisation, Struktur und auch viele Personen des Ministeriums kannte. Daher fiel die Wahl Wehners auf dieses Ministerium ganz bewusst² und blieb nicht, wie Hartmann es behauptet, darauf beschränkt, dass „seine bloße Präsenz im Kabinett wichtiger war als die Funktion und der Status seines Ressorts, dessen Aufgaben Zeit- und Arbeitsreserven eher ermöglichten als klassische Ressorts“³.

Dem Urteil von Adams, dass mit der Übernahme des Ministeramtes durch Wehner „eine Wendung der gesamtdeutschen Politik um 180 Grad“⁴ vollzogen wurde, ist ebenfalls nicht zuzustimmen. Denn bereits in einer Grundsatzerklärung im Dezember 1966 bestätigte Wehner die Haltung seiner Amtsvorgänger, dass erst wenn sich die DDR einer demokratischen Legitimation stelle, die Bundesrepublik die DDR als Verhandlungspartner anerkennen könne.⁵ Es ist eher von einer forcierten Fortsetzung der schleichenden Veränderungen in der Deutschlandpolitik zu sprechen. Über den gesamten Zeitraum der Amtszeit Wehners wurde eine Änderung in der Haltung der Bundesregierung gegenüber der DDR insofern deutlich spürbar, als der Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik kein Hindernis für Verhandlungen zwischen beiden Teilstaaten darstellen durfte. Die Anerkennung der DDR geriet mehr und mehr zur zweitrangigen Frage.⁶

Wehner sah die Aufgabe des Ministeriums vor allem darin, bei deutschlandpolitischen Fach- und Sachfragen der jeweiligen Ressorts als Berater zu fungieren, selbst aber nur Grundsatzfragen zu bearbeiten und alle gesamtdeutschen Kontakte zu koordinieren. Die allmählichen Neuerungen in der Deutschlandpolitik der Bundesregierung führten zu Veränderungen in der praktischen Arbeit des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Die wohl wichtigsten strukturellen Änderungen waren die Einrichtung eines Ministerbüros sowie die Neustrukturierung der im Vorfeld des Ministeriums tätigen Einrichtungen. Etliche Vorfeldorganisationen des Bundesministeriums wurden in der Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen, dem Gesamtdeutschen Institut, zusammengefasst.⁷ Auch für den Forschungsbeirat war in diesem Zusammenhang eine Umstrukturierung zu einer Art „Deutschlandakademie“ vorgesehen. In enger Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Forschungsbeirates und dem Forscherkreis wurde ein neues Konzept entworfen, um den gewandelten Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Obwohl bereits eine Kabinettsvorlage vorlag, kam es jedoch nicht mehr zu einer Anpassung der Strukturen des Forschungsbeirates.⁸

1 vgl. Bender (1976): 39-50.

2 So auch der Ministerialdirektor a.D. Hermann Kreutzer (Abteilungsleiter in Berlin) im Gespräch mit dem Verfasser.

3 Hartmann (2001b): 733f.

4 Adams (1971): 50.

5 vgl. Hartmann (2001b): 733.

6 vgl. Dörfler (1985): 207.

7 vgl. Kap. 6.

8 vgl. Kap. 8.

Die Überraschung über die Berufung Frankes war groß, denn ihm wäre es schon lange möglich gewesen, bedeutende politische Ämter zu übernehmen, so z.B. im heimatlichen Hannover einen Ministerposten oder sogar das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten.¹ Frankes eigentliche Berufung war aber die Arbeit im Parlament und vor allem in der Partei. Ihm wurde eine „ausgeprägte Abneigung gegen systematische Ministerarbeit“² nachgesagt.

Die Veränderungen sollten nun auch nach außen hin deutlich erkennbar gemacht werden. Hierzu diente nach dem Regierungswechsel vor allem die Umbenennung des „Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen“ in „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“. In einem Vermerk des Bundesministeriums wurde dazu folgendes ausgeführt: „Die Definition ‚Gesamtdeutsche Fragen‘ ruft heute vielfach Assoziationen hervor, die mit der deutschlandpolitischen Zielsetzung der Bundesregierung nicht mehr übereinstimmen. Das liegt zum Teil an der Beschränkung der Aufgaben des Ministeriums auf propagandistische Aktivitäten in den früheren Jahren, ebenso aber auch an der in den 50er Jahren vorherrschenden Tendenz, die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der DDR rückgängig zu machen. Aus diesem Grunde ist der Ausdruck ‚gesamtdeutsch‘ weiten Teilen der Öffentlichkeit verdächtig und löst häufig die Assoziationen ‚kalter Krieg‘ aus.“³ Erstmals hatte Erich Mende bereits 1963 eine Umbenennung des Ministeriums in „Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten“ gefordert.⁴

Eine Arbeitsgruppe des Ministeriums erarbeitete 11 Vorschläge für die Umbenennung, von denen letztlich „Bundesministerium für deutschlandpolitische Aufgaben“ und „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“ die Alternative bildeten.⁵ Um das Ministerium eindeutig als zuständige Stelle für die Beziehungen mit der DDR zu kennzeichnen und deutlich von den Beziehungen der Bundesrepublik zum Ausland zu unterscheiden, fiel die Wahl letztlich auf „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen“. Als neue Hauptaufgabe sollte dieses die vielfältigen Bemühungen verschiedener Ressorts um die Herstellung eines geregelten Nebeneinanders beider Teile Deutschlands koordinieren. Weiter führte Franke zu dieser Frage im Deutschen Bundestag aus: „Danach hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen insbesondere die Aufgabe, sich mit den aus der Teilung Deutschlands resultierenden Problemen zu befassen und die Folgen der Spaltung für die Menschen

1 vgl. Blank (1969): 129.

2 Stuttgarter Nachrichten vom 7.12.1968.

3 Vermerk o.D., betr. Umbenennung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, in: BarchK B 137/ 10390.

4 Mendes Vorschlag resultierte damals aus der Erkenntnis, dass die Übersetzung der deutschen Worte „Minister für gesamtdeutsche Fragen“ ins Französische („ministre des affaires panallemandes“ oder „ministre des affaires pangermaniques“) und ins Englische („minister for all-german affairs“) verhängnisvolle Missverständnisse auslösen und auf „großdeutsche“ Ambitionen hindeuten müsse; vgl. Sten. Berichte des BT vom 26.5.1966: 2117; vgl. Sten. Berichte des BT vom 5.11.1969: 264; vgl. Welt am Sonntag vom 11.7.1965.

5 Die weiteren Vorschläge waren: BM für deutschlandpolitische Angelegenheiten, BM für Angelegenheiten der Deutschlandpolitik, BM für Deutschlandpolitik, BM für inter-deutsche Angelegenheiten, BM für inter-deutsche Beziehungen, BM für zwischendeutsche Angelegenheiten, BM für zwischendeutsche Beziehungen, BM für innerdeutsche Angelegenheiten und BM für gesamtdeutsche Angelegenheiten; vgl. Vermerk o.D., betr. Umbenennung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen in Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, in: BarchK B 137/ 10390.

in beiden Teilen Deutschlands zu mildern. (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP.) Er hat insbesondere die Aufgabe, die deutschlandpolitische Verantwortung der Bundesregierung wahrzunehmen, vor allem in den Bereichen der Gesetzgebung und Verwaltung die Bemühungen der verschiedenen Ressorts zu koordinieren. Er hat insbesondere die Aufgabe, alle innerdeutschen Beziehungen federführend zu koordinieren und mit den Fachressorts abzustimmen. Er hat weiterhin insbesondere die Aufgabe, im Rahmen seiner allgemeinen Zuständigkeit innerdeutsche Beziehungen wahrzunehmen, und er hat weiterhin die Aufgabe, bei der Vorbereitung von Sachentscheidungen der einzelnen Fachressorts mitzuwirken, wenn sie die Deutschlandpolitik berühren, auf dem Gebiet der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit tätig zu sein, um eine objektive Information über die Entwicklung in der Bundesrepublik und über die Entwicklung in der DDR hinsichtlich der Beziehung zwischen beiden Teilen Deutschlands zu fördern.“¹

Die neue Aufgabe des Ministeriums, alle Aktivitäten im Bereich der Deutschlandpolitik zu koordinieren, gelang dem Ministerium bei der Erstellung des Berichtes zur Lage der Nation 1970 und vor allem bei der Vorbereitung der Treffen von Erfurt und Kassel. Die Grundlage des ministeriellen Handelns bildete der Kabinettsbeschluss vom März 1970, der dem BMB die Koordinierung aller gesamtdeutschen Kontakte übertrug.²

Immer wieder betonten die Minister Wehner und Franke, dass die Aufgaben des Ministeriums „versachlicht“³ worden seien. Diese „Versachlichung“ sollte sich nach Aussagen Frankes auch auf den Forschungsbereich erstrecken: „Da werden z.B. mehr als früher gewisse Forschungsaufträge finanziert. Oder wir sind also in diesem Rahmen jetzt damit befasst, die wissenschaftlichen Grundlagen für den nächsten Bericht zur Lage der Nation darzustellen. Da geht es darum, so sachlich und wissenschaftlich objektiv wie es nur geht, Daten vergleichender Art zu beschaffen. [...] Da verlagert sich natürlich manches von jenen Dingen, die bisher finanziert wurden.“⁴

Die Neugliederung des Forschungsbereichs machte für Franke die Auflösung des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands unausweichlich. Eine Institution mit diesem Namen passte nicht mehr in das Bild der Zeit. Daneben spielten jedoch auch noch andere Gründe eine zentrale Rolle.⁵

Ab 1971 konnte Franke jedoch seinen ursprünglichen Aufgaben nicht mehr gerecht werden, denn in der Folgezeit vollzogen sich die innerdeutschen Beziehungen auf zahlreichen Verhandlungsebenen. Das Entscheidungs- und Gestaltungszentrum der Deutschlandpolitik verlagerte sich mehr und mehr ins Kanzleramt, so dass der Minister einen Kompetenzrückgang hinnehmen musste. Forderungen nach einer Auflösung des Ministeriums wurden erneut laut.

Dennoch blieb das Ministerium bestehen und Egon Franke 13 Jahre lang bis 1982 im Amt. Dies lag wohl an Frankes starker Hausmacht innerhalb der SPD-

1 Sten. Berichte des BT vom 5.11.1969: 264f.

2 vgl. Rüss (1973): 102f.

3 z.B. Wehner in: Sten. Berichte des BT vom 29.10.1969: 60 oder Franke in: Sten. Berichte des BT vom 5.11.1969: 265.

4 Interview Franke vom 25.6.1970, zit. nach Rüss (1973): 99.

5 vgl. Kap. 8.